



NIEDERSACHSEN vorwärts

FEBRUAR 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

Vertrauen ist schwer erworben und schnell verspielt. Der Umgang des Landes mit dem Dioxin-Skandal ist ein eindrucksvolles Beispiel von verspieltem Vertrauen: Die Verbraucher fühlen sich schlecht informiert und lassen die Waren im Regal liegen. Damit unsere Ideen und Konzepte nicht auch zu Ladenhütern werden, werben wir in diesem Jahr besonders offensiv um das Vertrauen der Menschen im Land. Wir werden dabei erfolgreich sein, wenn eine Botschaft glasklar ankommt: Fortschritt und Gerechtigkeit für alle sind möglich! Dazu gehören gute Arbeitsplätze und angemessene Löhne in Niedersachsen, aber auch eine kraftvolle Initiative, um das Land zu einem Kinder- und Familienland zu machen. Mehr Kinderbetreuung und Ganztagsangebote an Schulen müssen kommen, auch Eltern brauchen mehr Spielraum, um den Balanceakt zwischen Beruf und Familie erfolgreich zu schaffen. Hier ist die SPD als Partei des sozialen Fortschritts und der Gerechtigkeit besonders gefragt.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

DIOXIN-SKANDAL: SPD SETZT SICH DURCH

Von Dr. Wilhelm Priesmeier MdB und Kerstin Tack MdB



Auch in Schweinefleisch wurde Dioxin nachgewiesen.

Foto: shutterstock

Am 23.12.2010 wurde bekannt, dass ein skrupelloses Futtermittelunternehmen dioxinbelastetes Futter in den Umlauf gebracht hatte. In der Folge wurden erhöhte Grenzwerte in Eiern, in Geflügel- und Schweinefleisch nachgewiesen. Mehrere tausend landwirtschaftliche Betriebe wurden daraufhin gesperrt. Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch Landwirte sind seitdem zutiefst verunsichert. Bundesministerin Ilse Aigner verschlimmerte die Situation durch ihr vollkommen unzureichendes Krisenmanagement.

Dort wo Ruhe, Übersicht und Führungsstärke angesagt gewesen wären, zeigte sie genau das Gegenteil. Zaudern, zögern, ankündigen. Das war wahrlich keine Strategie, um die Öffentlichkeit und Betroffene zu informieren. Während sie überfordert agierte, legte die SPD-Bundestagsfraktion umgehend einen 15-Punkte-Forderungskatalog vor. Kernpunkte dessen sind:

- Die Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel sind strikt zu trennen.
- Eine offene und vollständige Deklaration der Futtermittelinhaltsstoffe muss erfolgen. Nur so können Landwirte erkennen, was enthalten ist. Ministerin Aigner muss diese Dekla-

ration aller Futtermittelbestandteile europaweit durchsetzen. Genau das hat die Futtermittelloobby seit Jahren in Brüssel verhindert.

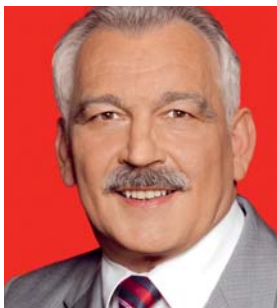
- Untersuchungslabore müssen verpflichtet werden, alle Ergebnisse ihrer Untersuchungen und Kontrollen den Behörden zu melden, auch wenn diese als Eigenuntersuchung von Futtermittelunternehmen in Auftrag gegeben wurden. Nur informierte Behörden können die Öffentlichkeit umgehend alarmieren und Rückrufaktionen anordnen.
- Eine bundesweite Warnplattform mit Lebensmittelwarnungen muss eingerichtet werden. Verbraucher wollen wissen, wohin dioxinbelastete Lebensmittel geliefert wurden.
- Die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und Futtermitteln muss über alle Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen hinweg lückenlos sichergestellt werden.
- Es muss eine europäische Initiative zur Senkung von Schadstoffen in Futtermitteln gestartet werden.
- Bei Futterfetten als Haupteintragsquelle muss jede Charge überprüft werden.

» Wir brauchen die gläserne Produktion vom Acker bis auf den Teller der Verbraucher.«

Dr. Wilhelm Priesmeier/
Kerstin Tack

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Dr. Wilhelm Priesmeier MdB,
agrarpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Foto: SPD-Fraktion



Kerstin Tack MdB,
Berichterstatterin für
Lebensmittelsicherheit

Foto: privat

Fortsetzung von Seite 1

— Eine Haftungsregelung, mit der die Landwirte entschädigt werden können, ist erforderlich.

— Ergebnisse der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle müssen zeitnah veröffentlicht werden, Verbraucherinnen und Verbraucher sollen endlich Informationen darüber erhalten, wer zu welchem Zeitpunkt welche belasteten Lebensmittel verkauft hat und wie man diese erkennt. Behörden sollen verpflichtet werden, Untersuchungsergebnisse auch unabhängig von der Überschreitung von Grenzwerten zu veröffentlichen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in die Lage versetzt werden, dioxinbelastete Lebensmittel auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen zu meiden. Das Verbraucherinformationsgesetz muss schnell-

stens verbessert werden.

— Informantenschutz für Beschäftigte und Mitarbeiter, die die zuständigen Behörden über Missstände bei ihren Arbeitgebern informieren, muss sichergestellt sein.

Schwarz-Gelb hat zunächst ohnmächtig auf die Dioxin-Funde reagiert. Erst handelte Ministerin Ilse Aigner gar nicht, dann übernahm sie am 18.01.2011 fast alle SPD-Forderungen.

Eine wichtige SPD-Forderung ist aber unter den Tisch gefallen: der Informantenschutz. Der ist aber wichtig, damit Beschäftigte künftig einen umfassenden Schutz des Gesetzgebers vor Kündigung erhalten. Die SPD wird Druck machen und dazu einen eigenen Gesetzentwurf ins Parlament einbringen.

Jetzt bleibt abzuwarten, ob unser anderen Forderungen auch tatsächlich umge-

setzt werden. Oder ob es bei bloßen Absichtserklärungen bleibt?

Aber auch die Bundesländer sind gefragt. Sie müssen die notwendigen Maßnahmen ergreifen und ihre Kontrollsysteme auf den Prüfstand stellen.

Unser Fazit: Wir brauchen im Lebensmittelbereich die gläserne Produktion vom Acker bis auf die Teller der Verbraucher. Wir wollen Konsumenten und Landwirte schützen, die auf die Qualität der Lebens- und Futtermittel vertrauen. Die Förderung im Agrarbereich muss konsequent umgestellt werden: Nur wer gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringt, soll zukünftig Unterstützung bekommen. Nur wer sich aktiv in seinem Betrieb für mehr Verbraucherschutz, Nahrungsmittelsicherheit und Tierschutz einsetzt, soll öffentliche Mittel erhalten. ■



Niedersachsens verflorsene Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen (CDU) hat der Landespolitik einiges hinterlassen. Zum Beispiel den Ministerpräsidenten David McAllister. Monatelang musste der Mann gute Miene zum bösen Spiel einer Ministerin machen, die mit den Puten tanzte statt Tiere und Verbraucher zu schützen. Schließlich hatte kein Geringerer als Christian Wulff die Frau eines Putenküken-Herstellers aus der Ahlhorner Heide nach Hannover geholt. Während der Vorgänger und Förderer des Nachwuchspolitikers McAllister schon längst samt Gattin Bettina im siebten Berliner Präsidentenhimmel schwebte, tobte in der niedersächsischen Landespolitik ein verbissener Kampf. Tierschützer und Oppositionsparteien gegen Grotelüschen und die Massentierhalter. Erst im Dezember fasste der Ministerpräsident Mut und schasste die Ministerin.

Sie hat nicht nur einen leicht verschrammten Ministerpräsidenten zurückgelassen, sondern auch einen Satz von geradezu philosophischer Dimension: »Sie müssen ein Tier töten, damit es Fleisch wird.« Genial. Wir verdanken der Frau Ex-Ministerin also die Erkennt-

nis, dass lebende Tiere kein Fleisch sind, sondern irgendwas anderes. Vielleicht Seele, Geist, Gott, Antimaterie? Aber dürfen wir Seele, Geist oder Gott töten, nur um an Fleisch heranzukommen? Im Namen aller Veggis von Karin Duve bis Rainer Langhans müssen wir mit einem kräftigen »Nein!« antworten.

Da wir weder Seele, noch Geist oder Gott essen können und von Antimaterie nicht satt werden, stürzen wir uns auf Eier, Käse und Milch, auch wenn uns die Mega-Veganer deshalb als Ovo-Vegetarier beschimpfen. Gerade Eier sind sehr nahrhaft. Mit Dioxin als Zugabe können sie schon lange mit so gesunden Lebensmitteln wie Glukose-Fruktose-Sirup, Rotebeetesafkonzentrat und Kurkumin konkurrieren. Auch Karamellzuckersirup, Aprikosenkerne, Hühner-Trockeneiweiß oder Ammoniumhydrogencarbonat sind im Vergleich zu einem echten Dioxin-Ei die reinste Brigitte-Diät.

Was soll also die Aufregung um das angeblich gepanschte Futter, das die Hühner in Niedersachsens idyllischen Geflügel-Gehegen zu sich nahmen. Dem Huhn schadet ein bisschen Chemie überhaupt nicht, da es geschlachtet wird, bevor es an Vergiftung sterben kann. Und der Mensch kann ganz andere Sachen ab. Alkohol, Nikotin, 190 auf der Autobahn, ICE-Züge ohne Heizung (im Winter) und ohne Klimaanlage (im Sommer). Das bisschen Dioxin schütteln wir im Nu ab.

Deshalb freuen wir uns über die niedersächsischen Regierungspolitiker, die in der ganzen Aufregung die Nerven bewahrten. Die bayrische Bundesministerin für Landwirtschaft flatterte aufgeregt wie ein Huhn auf Dioxin-Entzug durch die politische Landschaft, während unsere Jungs in Hannover die Ruhe behielten. Da das Landwirtschaftsministerium wegen Grotelüschens Abgang für einige Wochen verwaist war, übernahmen zwei Männer der Tat das Regime. Umweltminister Hans-Heinrich Sander und Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke ließen die Aigner so was von Abblitzen. Als sie das niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) in Oldenburg besuchte, sagten die beiden Niedersachsen zwar brav »guten Tag«, erzählten der Ilse aber nichts über neue Dioxin-Verdachtsmomente. Prompt forderte die Bayerin personelle Konsequenzen. In Niedersachsen! Da legte unser scharfzüngiger Ministerpräsident los. »Ungewöhnlich« nannte McAllister die Forderung der Bundesministerin. Mein lieber Mann, »ungewöhnlich«, das ist aber ein scharfes Wortschwert. Die Aigner soll sich vor Schreck unter Kanzlerin Merksels Sessel verkrochen haben.

Die Dioxin-Krise überstehen wir auf gut niedersächsisch: Ruhe bewahren und keine aufgeregten Hühner an uns ranlassen. ■

Kurt-Peter Christophersen



Kurt-Peter Christophersen arbeitete von 2002 bis Oktober 2010 als Niedersachsen-Korrespondent für die Redaktionsgemeinschaft Nordsee, zu der sich die regionalen Zeitungen zwischen Elbe und Weser zusammengeschlossen haben. Nach einem Zeitungsvolontariat in Flensburg und Dänemark und dem Studium der Sozialwissenschaften war Christophersen zehn Jahre lang in der überbetrieblichen Ausbildung und Weiterbildung von Journalisten tätig, bis er 1984 als Redaktionschef zum Stader Tageblatt ging. Seit dem 1. Oktober 2010 ist er in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Wir freuen uns darüber, dass wir mit Kurt-Peter Christophersen einen erfahrenen Schreiber und Niedersachsen-Kenner für unserer neue Kolumne gewinnen konnten. Von dieser Ausgabe an werden wir regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik werfen.

PROFIL DER NIEDERSACHSEN-SPD SCHÄRFEN

SPD-Foren bereiten Regierungsprogramm für Niedersachsen vor und praktizieren moderne Beteiligung

Von Hans-Rainer Strang

Der SPD-Landesvorstand hat auf seiner Klausurtagung in Achim vor einem Jahr zwölf Foren eingesetzt, die Beiträge zur Profil- und Positionsentwicklung der SPD in Niedersachsen leisten sollen. Die Foren entwickeln in den Politikfeldern Demokratie und Partizipation, Sicherheit und Freiheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaft, Arbeit, Mitbestimmung und Innovation, Bildungspolitik, Wissenschaft und Forschung, Kultur und Medien, Sport, Verbraucherschutz und gesundes Leben und neue und inklusive Gesellschaftspolitik konkrete Handlungsvorschläge für die sozialdemokratische Politik in Niedersachsen und liefern Bausteine für das SPD-Programm zur nächsten Landtagswahl. Auf dem Weg dorthin werden auch Arbeitshilfen für die bevorstehende Kommunalwahl entwickelt. So hat das Forum »Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft« einen Leitfaden unter dem Motto »Global denken – lokal handeln« mit Beispielen für eine kommunale Energie- und Klimapolitik vorgelegt und eine größere Veranstaltung zum Thema »Daseinsvorsorge und kommunale Stadtwerke« ist in Vorbereitung.

Die Foren entwickeln ihre Positionen in einem offenen Diskussionsprozess. Dabei setzen sie auf den vielfältigen Sachverstand innerhalb und außerhalb unserer Partei. Die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern soll ausgebaut und gefestigt werden. Unsere Foren sollen auch dazu beitragen, dass alle politischen Ebenen von der Kommune, über das Land zum Bund und zur Europäischen Union Berücksichtigung finden und verzahnt werden.

Und unsere Diskussionsprozesse sind immer transparent und im Fluss: Jede und jeder Interessierte kann jederzeit in ein Foren einsteigen und dort mitarbeiten. Die Termine und Arbeitsergebnisse werden über unsere Internetseiten zu den Foren www.spdnds.de/foren/ bekannt gemacht. Die Mitarbeit über das Internet ist in Vorbereitung.

Die Foren bestimmen selber über ihre Arbeitsweise; so werden vielfältige Beteiligungsmodelle ausprobiert. Es hat sich herausgebildet, dass die Arbeit der Foren von einer kleinen Lenkungsgruppe koordiniert wird. Alle Foren führen ihre Arbeitssitzungen in regelmäßigen Abständen in Hannover durch. Einige haben sich auch entschieden, Arbeitsgruppen zu bilden, um die komplexen Themen effektiv bearbei-

ten zu können. Darüber hinaus sind die Foren in der Fläche unseres Landes präsent und führen dort öffentliche Veranstaltungen durch.

So hat das Forum »Nachhaltigkeit, neue Energien und Wirtschaft« seine Auftaktveranstaltung im April letzten Jahres in Seelze zum Thema »Langfristige Energieperspektive für Niedersachsen« durchgeführt. Es folgte das 1. regionale Wirtschaftsgespräch im August 2010 in Stade zum Thema »Was kann die Wissenschaft für die Region leisten« mit der Präsidentin der Fachhochschule Emden-Leer Prof. Dr. Dorothea Hegele. Im ersten Quartal 2011 sind weitere regionale Wirtschaftsgespräche in Emden zum Thema »Was kann die Kommune für die Wirtschaft leisten« und im Harz zum Thema »Was bedeutet der demografische Wandel für die regionale Wirtschaft« in Vorbereitung.

Großes öffentliches Interesse fanden auch zwei Diskussionsveranstaltungen im November 2010 in Hannover einmal zum Thema »Kulturflatrate – Chance und Risiko für das Urheberrecht?« (Forum »Kultur und Medien«) und dann zum Thema »Vielfalt der Lebensstile – Einfalt im SPD-Programm« (Forum »Neue Gesellschaft«).

Eine Veranstaltung mit allen Mitgliedern der Foren wird der SPD-Landesverband unter dem Titel »Suchet der Stadt Bestes« (Jeremia 29,7) am 20. Mai 2011 in Hannover mit dem neuen Ratsvorsitzen-



Öffentliche Veranstaltung des Forums »Neue Gesellschaft« mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Dr. h.c. Wolfgang Thierse. (v.l.n.r. Benno Haunhorst, leitendes Mitglied im Arbeitskreis »Christinnen und Christen in der SPD« beim Parteivorstand, Gabriele Lösekrug-Möller, Sprecherin des Landesforums »Neue Gesellschaft« und Wolfgang Thierse) *Foto:Strang*

den der Evangelischen Kirche Deutschlands Nikolaus Schneider durchführen. Nach der Kommunalwahl ist die jährliche Arbeitstagung aller Foren vorgesehen, um die Arbeitsergebnisse zu präsentieren und unter einem gemeinsamen Leitantrag zusammen zu führen. Auf dieser Tagung können sich auch die Mitglieder der verschiedenen Foren kennenlernen und ihre Erfahrungen austauschen. ■

Wer in einem der Foren mitarbeiten will, kann jeder Zeit einsteigen und sich anmelden beim
SPD-Landesverband Niedersachsen,
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover,
Fax 0511.1674-4211 oder
E-Mail: foren.niedersachsen@spd.de



Gute Stimmung beim Vortrag des SPD-Landesvorsitzenden Olaf Lies (l.): Hubertus Heil, Eva Schlaugat, Hans-Henning Schridde und Michael Rüter (vorne).

Foto: SPD-Bezirk Braunschweig

Erstmals im Kloster Wöltingerode bei Vienenburg in historischer Atmosphäre tagte der Vorstand des SPD-Bezirks Braunschweig unter Leitung von Bezirkschef Hubertus Heil. Und zum Jahresauftakt waren nicht nur zur Klausurtagung, sondern auch zur angeschlossenen Wirtschaftskonferenz illustre Gäste und Referenten angereist: Der designierte neue Chef der Salzgitter AG Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann, Nord/LB Manager Dr. Arno Brandt und zum Kamingespräch Hannovers OB Stephan Weil. Arno Brandt präsentierte dem Publikum aus SPD-Mitgliedern, aber auch vielen Vertreter/innen aus Wirtschaft, Handwerk und Gewerkschaften, zunächst die Wirtschaftstrends für die Region und Niedersachsen. Auf der anschließenden Klausurtagung nahmen daneben auch SPD-Landeschef Olaf Lies, Landesgeschäftsführer Michael Rüter und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Stefan Schostok teil. ■



IUSY WORLD FESTIVAL 2011

25. – 31. JULI 2011 IM EUROPACAMP/WEISSENBACH AM ATTERSEE

Unter dem Motto »Wir wissen woher wir kommen – wir wissen wohin wir gehen« findet das diesjährige IUSY (International Union of Socialist Youth) World Festival in Österreich statt.

Angelehnt an das zentrale politische Arbeitsfeld und in Gedenken an den 100jährigen Geburtstag von Bruno Kreisky (einem der bedeutendsten österreichischen Sozialdemokraten) wurde als Themenschwerpunkt Gleichberechtigung und Gleichstellung gewählt. Gemeinsam mit ca. 3000 TeilnehmerInnen und Politi-

kerInnen aus der ganzen Welt soll zu diesen und anderen Themen debattiert, Ideen ausgetauscht und internationale Solidarität gezeigt und gelebt werden.

Daneben bietet das Europacamp am Attersee (in der Nähe von Salzburg) einen idealen Rahmen um internationale FreundInnen zu treffen, mit Ihnen zu feiern oder auch neue Kontakte zu knüpfen, die über das Ende des IUSY World Festivals hinausgehen.

Die Jusos Niedersachsen stellen, wie in den vergangenen Jahren auch, eine

gemeinsame Delegation. Bei Interesse an weiteren Informationen oder wenn ihr bereits jetzt schon sagen könnt, dass ihr an dem Festival teilnehmen möchtet, meldet euch bitte bei:

Sonja Kapp, stv. Juso-Landesvorsitzende,
sonja.kapp@jusos-niedersachsen.de

Weitere Details zum IUSY World Festival 2011 findet ihr auch unter:

www.iusyworldfestival.org

Wir freuen uns darauf gemeinsam mit euch an dem IUSY World Festival teilzunehmen. ■

WEHRET DEN ANFÄNGEN!

EUROPAS GRÖSSTER NAZI-AUFMARSCH IN DRESDEN



Niedersächsische Jusos bei der Anti-Nazi-Demo in Dresden am 13. Februar 2010. Foto: Hendrikje Wiards

Gut 65 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus wollen Neonazis durch Dresden marschieren und an den sogenannten »Bombenholocaust« erinnern.

Die Wahlergebnisse in den Niederlanden, Ungarn und Schweden zeigen: Europas Rechte befindet sich weiterhin im Aufwind. Jedoch führen wachsende Islamophobie sowie die leidige Sarrazin-Diskussion auch in Deutschland zum Erstarken der Kräfte rechts der CDU. Geschichtsrevisionismus und die Angst vor Fremden: All das führt dazu, dass am 19.02.2011 in Dresden der größte Neonaufmarsch Europas stattfinden soll. Doch das wollen wir verhindern! Wir werden diese Ohrfeige für die Demokratie nicht einfach hinnehmen! Gerade wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns in der Geschichte immer gegen den Faschismus gestellt und werden ihm auch dieses Mal entschlossen entgegentreten!

Bereits 2010 wollten die Faschisten die Geschichte verdrehen und die wahren

Opfer der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verhöhnern. Das konnte allerdings verhindert werden! Im Februar 2010 blockierten 12.000 Menschen bei eisigen Temperaturen friedlich den Naziaufmarsch in Dresden und die Neonazis mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Dieser Erfolg soll sich wiederholen! Die Jusos Niedersachsen fahren gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Parteien nach Dresden und werden den Naziaufmarsch friedlich blockieren. ■

Solidarität mit den Dresdnerinnen und Dresdnern! Nie wieder Faschismus!

Weitere Informationen gibt es bei Benjamin Köster, stv. Juso-Landesvorsitzender,
benjamin.koester@jusos-niedersachsen.de

Für die BEZAHLUNG DER ANFAHRT PER BUS sind wir allerdings auf Spenden angewiesen.

Wer uns unterstützen kann spendet bitte an:

Konto: 900 403 713

BLZ: 250 501 80

Verwendungszweck:

Dresden Nazifrei 2011

Das gespendete Geld wird ausschließlich für diesen Zweck verwendet. Danke!

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Lothar Pollähne, Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

Die SPD Wardenburg im Landkreis Oldenburg bei Oldenburg sucht einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt eines/r

Bürgermeisters/Bürgermeisterin

Gesucht wird eine verantwortungsbewusste, tatkräftige, einsatz- und entscheidungsfreudige Persönlichkeit, die über die erforderlichen Sachkenntnisse und als kreisangehörige Gemeinde Wardenburg mit ca. 16.500 Einwohnern über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst oder gleichwertige Quallifikation verfügt. Der/die zukünftige Amtsinhaber/-in sollte in der Lage sein, schnell Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde zu knüpfen und deren Anliegen aufgeschlossen gegenüber stehen. Erwartet wird eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Gremien.

Die Anstellung erfolgt als Beamter/Beamtin auf Zeit für die Dauer von acht Jahren, die Besoldung nach der Besoldungsgruppe B2 zzgl. einer Aufwandsentschädigung gemäß der Kommunalbesoldungsverordnung.

Es wird erwartet, dass der Bürgermeister/die Bürgermeisterin den Wohnsitz in der Gemeinde nimmt.

Die Wahl findet am 11.09.2011 statt. Nach heutigen Sachstand wird es keine Stichwahl geben.

Interessierte Bewerber/innen wenden sich bitte mit aussagekräftigen Unterlagen bis zum 20.02.11 an:
Ralf Dierks, Hohenweg 8, 26203 Wardenburg oder per E-Mail: dierksralf@aol.com

SEMINARTEILNEHMER PLANEN AKTIONSTAG: »RATHAUS IN KETTEN«

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des PBN-Seminars »Kommunalpolitik gestalten – Zukunft durch Qualifikation« haben einen Vorschlag für einen landesweiten Aktionstag zur Finanzlage der Kommunen entwickelt. Unter dem Motto »Rathaus in Ketten« soll die niedersächsische Bevölkerung auf die katastrophale Finanzsituation der Kommunen aufmerksam gemacht werden. Dazu werden von den SPD-Gliederungen Veranstaltungen vor Ort geplant und durchgeführt. ■



Erfolgreiche Seminarteilnehmer (eingeholt von MdL Marco Brunotte und SPD-Landesgeschäftsführer Michael Rüter) von links nach rechts: Mechthild Brandt, Michael Hauer, Martin Stolze, Rolf Hommers, Birgit Schlot, Dieter Böversen, Anka Knechtel, Christian Hoffmann, Susanne Kalbreier, Jörg Starke, Sylvia Binkenstein, und Uwe Ostermann.

WO STEHT UNSERE DEMOKRATIE HEUTE?



Zu einer hochkarätig besetzten Tagung hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Niedersachsen am 22. Januar 2011 eingeladen. Und das Thema hatte es in sich: »Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft«. Man müsse sich mit sinkender Wahlbeteiligung und vor allem seit der Finanzmarkt-Krise mit einem Vertrauensverlust der Demokratie auseinandersetzen, so Petra Wilke, Leiterin der Niedersachsen-FES, zur Eröffnung. In einer thematischen Einführung erklärte Prof. Dr. Ursula Birsl (Universität Marburg), Demokratie werde zunehmend nur noch als Vorhandensein von Rechtsstaatlichkeit, aber nicht als Möglichkeit der politischen Teilhabe verstanden.

Wirtschaftsprozesse würden als eine Art Naturgewalt begriffen, die Politik kaum beeinflussen könne, erklärte Prof. Dr. Alex Demirovic von der Technischen Universität Berlin. Dieser Ansatz der Naturgesetzmäßigkeit widerspreche demokratischen Grundannahmen diametral. Prof. Dr. Michael Schumann vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen führte u. a. aus, die Mitbestimmung sei Bestandteil des etablierten Systems und damit auch Teil der Enttäuschung geworden. Für die Gewerkschaften bedeute eine Ausweitung der Mitbestimmung nicht nur eine Ausweitung auf mehr Betriebe, sondern vor allem erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten.

Prof. Dr. Franz Walter (Uni Göttingen) vertrat im zweiten Teil der FES-Veranstaltung u. a. die Auffassung, die Spaltung der Gesellschaft sei nicht ohne weiteres durch mehr Partizipation zu lösen. Je mehr Partizipatoren es gebe, umso schwieriger seien Kompromisse herbei zu führen und umso grauer fielen diese aus. Das könne in der Folge zu einer Stim-

mung führen, in der »schnelle und klare Entscheidungen« gefordert würden. Walter war sich aber dennoch sicher: »Wir kommen in eine Zeit verstärkter Partizipation.« Und den Politikern gab Walter den Rat mit auf den Weg, sich mehr Zeit zum Nachdenken und Abwägen zu nehmen, anstatt auf jedem Feuerfest zu erscheinen. ■ rh

KOMMUNALPOLITIK EINFACH ONLINE LERNEN

Unter diesem Motto bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Niedersachsen ab 7. März 2011 KandidatInnen und kommunalpolitisch Interessierten vierwöchige E-Learning-Kurse zum praxisorientierten Erlernen des kommunalpolitischen Handwerks an.

Beim E-Learning werden Kursinhalte – multimedial unterstützt – online auf einer Lernplattform präsentiert, eigenständig erarbeitet sowie mit den Kursteilnehmern

und Tutor diskutiert. In drei Modulen werden die Grundlagen der Bereiche kommunale Aufgaben, kommunale Selbstverwaltung und kommunale Finanzen vermittelt.

Am Ende der Onlinephase rundet ein zweitägiges Präsenzseminar (in Walsrode, Rastede bzw. Springe) - zum gegenseitigen Kennenlernen, zur inhaltlichen Vertiefung und zum Austausch mit einem/-er Kommunalpolitiker/-in - den Kurs ab. ■

Weitere Termine im Mai und Oktober. Info und Anmeldung: www.fes-kommcheckers.de

Kommunalpolitik einfach online lernen

www.fes-kommcheckers.de

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

SPAREN HEISST NICHT STRANGULIEREN

Der Niedersachsen-vorwärts sprach mit dem Europa-Abgeordneten Bernd Lange über Wege aus der europäischen Schuldenkrise



Der Euro: Monument der europäischen Einigung

Foto: privat

NEUES AUS EUROPA

KRISENBEWÄLTIGUNG IN EUROPA

Europa hat strenge Regeln für Futtermittel. Aber die Kontrolle obliegt bisher den Mitgliedstaaten. Für Niedersachsen und Deutschland gilt: Kontrollen ungenügend.

2011 IST DAS EUROPÄISCHE JAHR DER FREIWILLIGEN TÄTIGKEIT.

2011 heißen die europäischen Kulturhauptstädte Tallinn (Estland) und Turku (Finnland).

BÜRGERSPRECHSTUNDEN von Bernd Lange werden auf www.bernd-lange.de veröffentlicht.

Dies und mehr alle 14 Tage kostenlos per E-Mail: www.bernd-lange.de/meta/newsletter.php

vorwärts: Bekommt die EU die Schuldenkrise nicht in den Griff?

Bernd Lange: Es fehlt ein europäisches Gesamtkonzept. Zögerliches Handeln und einseitige Spardiktate, wie sie die deutsche Kanzlerin praktiziert, helfen nicht weiter, nähren weitere Spekulationen und spalten die EU. So hat Spanien im Gegensatz zu Deutschland in den letzten Jahren sogar einen Haushaltsüberschuss gehabt und ist nun nach dem Finanzcrash in den Krisensog geraten.

vorwärts: Was muss dann im Gesamtpaket geschehen?

Bernd Lange: Da würde ich 4 Punkte nennen: Die Haushalte der Mitgliedstaaten - Ausgaben und Einnahmen - müssen in Ordnung gebracht und kontrolliert werden sowie stärker EU-weit abgestimmt sein. Die durch Spekulation getriebenen Zinsen müssen runter, damit ein Abbau der Schulden realistisch ist und Investitionen getätigt werden können.

Es sollten endlich gemeinsame EURO-Anleihen (Bonds) ausgegeben werden, für die alle Mitgliedstaaten solidarisch stehen. Damit könnten sich EU-Länder, die unter Spekulationsdruck stehen, Geld

zu realistischen Konditionen leihen, aber nur in Höhe eines Teils ihrer Staatsverschuldung (z.B. 50%).

Hochverschuldete Länder müssen möglichst selber aus der Schuldenfalle herauskommen. Sparen gehört dazu, aber man darf die Länder nicht durch Spardiktate strangulieren. Es bedarf zielgerichteter Investitionen, um die Wirtschaft wieder fit zu machen. Wer sparen will, muss auch wachsen können.

vorwärts: Warum sollten wir Niedersachsen diesen Weg unterstützen?

Bernd Lange: Wir sitzen wirtschaftlich in einem Boot. So kommen Kredite für EU-Länder in großem Umfang von deutschen Banken, die bei Ausfällen durch Rettungsmaßnahmen in Deutschland ausgeglichen werden müssten – mit Steuergeldern. So stützt Großbritannien die Rettungsmaßnahmen gegenüber Irland, obwohl es selbst kein Euro-Land ist. Ohne wirtschaftliche Gesundung kann kein Austausch zwischen den EU-Ländern gelingen, was für eine Exportregion wie Niedersachsen katastrophal wäre. Nichtsdestotrotz müssen wir auch unsere Nachfrage stärken, also die Löhne deutlich erhöhen und öffentliche Investitionen durchführen, um unsere Leistungsbilanz in vernünftige Bahnen zu lenken. Der größte wirtschaftliche Fehler der Landesregierung ist die niedrigste Investitionsquote seit 1949!

vorwärts: Wie lässt sich denn eine solche Situation verhindern?

Bernd Lange: Banken müssen an die Leine und wieder ihre ursprüngliche Aufgabe bedienen, nämlich Geld für den Wirtschaftskreislauf bereitstellen und nicht Spekulationstreiber sein. Deswegen gibt es neue EU-Gesetzgebungen zur Banken-



Fordert die Finanztransaktionssteuer: Bernd Lange (MdB)

aufsicht, zur Kontrolle von Ratingagenturen und zur Überwachung und Begrenzung von Hedge- und Private Equity Fonds. Eine Gesetzgebung zur Begrenzung und Kontrolle von Derivathandel ist in Vorbereitung. Darüber hinaus gilt es mehr Investitionen anzuregen durch eine Besteuerung von Spekulation auf Devisen und Aktien. Zügig brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer in Europa, damit der Hang zu spekulieren abgebremst wird und diejenigen, die uns die Suppe eingebrockt haben auch zur Finanzierung der Krisenbewältigung beitragen. ■

Am 11. Dezember 2010 ist

Edmund Tumaschat

geb. 15.09.1932

verstorben.

Er war 54 Jahre Mitglied in der Partei und hat sich mit aller Kraft für unsere Ziele eingesetzt. Er fehlt uns sehr und wir werden ihn in unseren Herzen bewahren. Danke Edmund!

Deine Seevetaler
Genossinnen und Genossen.



vorwärts KULTURGUT

ANWALT DER DEMOKRATIE

Er gehört zu den vergessenen Großen der SPD. Nicht einmal die umfangreiche »Chronik der deutschen Sozialdemokratie« erwähnt Heinrich Jasper. Lediglich im »Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie« ist er aufgeführt: »Geb. 21. August 1875 in Dingelbe/Kreis Marienburg - Gest. 19. Februar 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen«. Kein anderer Politiker hat die Politik im Freistaat Braunschweig bis zur Machtübertragung an die Nazis so sehr geprägt wie Heinrich Jasper. Und keiner musste so stark unter der extremen Brutalität der Braunschweiger Nazis leiden, die bereits seit 1930 an der Landesregierung beteiligt waren. Heinrich Jasper war der erklärte Hauptfeind der Nazis. Sein Leidensweg ist seit vielen Jahren dokumentiert, eine politische Biographie allerdings fehlte bislang.

Diese Lücke hat der Historiker Martin Grubert nun geschlossen. Heinrich Jasper, Sohn eines vermögenden Gutspächters, gehörte zu jener »winzigen Hand-

voll Leute« (August Bebel), die Anfang des 20. Jahrhunderts aus bürgerlichen Kreisen den Weg zur Sozialdemokratie fanden. Am 1.10.1901 ließ sich Jasper als Rechtsanwalt in Braunschweig nieder, wo er am 3.12.1902 der SPD beitrug. Bereits ein Jahr später war er Stadtverordneter und fand Eingang in das »städtische Verzeichnis der Hauptführer und Agitatoren der SPD«. Als Jasper im November 1918 nach drei Jahren an der Ostfront ins heimliche Braunschweig zurückkehrte, fand er eine gespaltene Sozialdemokratie vor und die Mehrheitssozialdemokraten in der Minderheit. Dennoch gelang es ihm in den folgenden Jahren der bestimmende Politiker im Freistaat Braunschweig zu werden. Mehrfach wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt, 1927 sogar an der Spitze einer SPD-Alleinregierung.

Diesen Heinrich Jasper zu entdecken ist auch mit Martin Gruberts Biographie wegen der spärlichen Quellenlage nicht ganz einfach. Die Lektüre ist dennoch anre-



Heinrich Jasper.
Foto aus seinem Landtagsausweis von 1930.
Mit freundlicher Genehmigung des Joh. Heinr. Meyer Verlages

gend, weil sie eine Epoche der Sozialdemokratie erfahrbar macht und den Menschen Heinrich Jasper greifbar. ■ lopo

Martin Grubert, *Anwalt der Demokratie – Heinrich Jasper 1875 – 1945*, Joh. Heinr. Meyer Verlag, Braunschweig, 2010, 528 S., 24,00 Euro

VORWÄRTS
RÄTSEL

Gäbe es eine Hitliste der filmischen Abgänge, dieser läge ganz weit vorn: eine Tänzerin und ein Kellner fliehen aus der Kneipe, in der sie gemeinsam arbeiten, und gehen Hand in Hand dem anbrechenden Morgen entgegen. Je kleiner sie werden, desto größer wird der Wunsch der Betrachter, es möge dieses Mal gut gehen. 87 Minuten lang ist dieser Film ein Wechselbad der Katastrophen, die sich hinter allen denkbaren Türen und Toren abspielen. Hinter dem Fabrikator lauert das Fließband mit seiner unablässigen Absurdität. Dort schraubt er im Takt, wobei er ständig von Kameras überwacht wird. Als ein arbeitsbegleitendes Ernährungsexperiment schief geht und er in die Räder der Maschine gerät, rastet er aus und läuft mit seinen Schraubenschlüsseln Amok. Er flieht und schraubt, am Ende am großen Busen einer Passantin. Als ihn daraufhin die Polizei verfolgt, flieht er zurück in die Fabrik und wird gefeuert. Er ist ein Mann der Straße und dort erwischt es ihn alsbald, denn er gerät in eine Schlägerei. Klar, dass er hinter Gefängnistoren landet. Wieder draußen landet er auf der Straße, als Nachtwächter in einem Kaufhaus und wieder auf der Straße. Er ist und bleibt der Tramp und er beeindruckt mit seiner Sensibilität und Menschlichkeit. Ghandi soll ihn zu diesem Film angeregt haben, der ursprünglich »The Masses« heißen sollte.

Wie heißt der Kultstreifen, der am 5.2.1936 Premiere hatte. Zu gewinnen gibt es einen Silberling mit dem gesuchten Film.

■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im Dezember-vorwärts war Joan Baez gesucht. Gewonnen hat Maria-José Palma Ricardo aus Hannover

BALANCEAKT ZWISCHEN BERUF UND FAMILIE

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist es noch nicht so gut bestellt, wie es sich Frauen, Männer und auch Arbeitgeber wünschen. In ihrem Fortschrittsprogramm hat sich die SPD deshalb dem Thema erneut angenommen. Der Niedersachsen-vorwärts sprach mit Cornelia Leunig, Abteilungsleiterin Frauen/Gleichstellung bei der Hauptverwaltung der IG BCE, über »Work-Life-Balance«.

Vorwärts: Der technische Fortschritt und der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft haben nicht dazu geführt, dass Beschäftigte mehr Zeit für ihre Familien haben, sondern dass sie, im Gegenteil dem Arbeitsmarkt mehr Zeit zur Verfügung stellen. Was ist ihre Erklärung für diese Entwicklung?

Cornelia Leunig: Die Entwicklung des technischen Fortschritts heißt bislang nicht, dass Menschen mehr Zeit haben. Tatsache ist, wir arbeiten heute immer mehr mit immer weniger Personal. Die Entwicklung und Anwendung, z. B. der elektronischen Datenverarbeitung, der modernen Kommunikationsmittel wie Internet oder E-Mail führen zu mehr Anforderungen als früher. Das und anderes führen zu einer Arbeits- und Leistungsverdichtung, zu mehr Verantwortung aber auch zu mehr Stress. Die Arbeit greift in die Privatsphäre hinein. Stichwort ist hier die Entgrenzung von Arbeit, und natürlich spielt die Auswirkung der Globalisierung eine wichtige Rolle.

Vorwärts: Das Fehlen von Zeit für Familie und Angehörige hat häufig negative Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern und auf die »Stimmung« innerhalb von Familien. Wie macht sich das genau bemerkbar?

Leunig: Wenn die Zeit für Regeneration abnimmt, kann das nur bedeuten, dass die Stressbelastung in jedem Fall zunimmt und das wiederum bedeutet, dass das Reden miteinander und gemeinsame Freizeitaktivitäten umso wichtiger werden. In den Familien und Partnerschaften müssen alle die Chance bekommen, dass ihre Interessen zum Tragen kommen können.

Vorwärts: In der Fachdiskussion spielt der Begriff »Work-Life-Balance« eine große Rolle. Verbirgt sich etwas anderes dahinter als bei »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« oder ist es ein überflüssiger Anglizismus?

Leunig: Der Begriff »Work-Life-Balance« geht meiner Meinung nach weiter als die »Vereinbarkeit von Beruf und Familie«. Sein Leben und seine Arbeit in ein Gleichgewicht zu bekommen, dafür stehen wir auch als Gewerkschaft. Hier muss das



Cornelia Leunig bei der Unterzeichnung der Equal Pay Day-Charta in Hannover mit Vertreterinnen des Netzwerkes. Foto: Michael Cintula

Stichwort »Lebensqualität« fallen. Die entscheidende Frage ist, was ist uns dies wert?

Vorwärts: Ist das »Schwedische Modell« der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf Deutschland übertragbar? Welche Vorteile hat es?

Leunig: Die skandinavischen Länder sind Vorreiter in Fragen der Vereinbarkeit. So etwas regt an und motiviert. Die IG BCE selber hat aber auch eine Vorreiterrolle übernommen für die Branchen und Betriebe der chemischen Industrie, indem sie 2006 mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) eine Sozialpartnervereinbarung »Für eine chancengleiche und familienbewusste Personalpolitik« abgeschlossen hat. Dadurch ist es uns gelungen, in vielen Unternehmen Aktivitäten zu entfalten sowie Betriebsvereinbarungen abzuschließen, die eine Vielfalt an Instrumenten in Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Sowohl in Fragen der Kinderbetreuung als auch für Pflegesituationen.

Vorwärts: Noch immer begünstigt die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen die traditionelle Aufteilung von Erwerbs- und Familien- bzw. Fürsorgearbeit. Welche politischen Maßnahmen bewerten Sie als erfolversprechend, um zu einer gerechteren Zeitaufteilung zwischen den Geschlechtern zu kommen?

Leunig: Rollenbilder sind Motor, ob und wie ich ein Lebensziel verfolge. Gesellschafts- und gewerkschaftspolitisch oder aber privat. Wir müssen uns von Mustern verabschieden, die da immer noch existieren, wie z. B. der Mann ist der Alleinernährer der Familie und die Frau, wenn überhaupt, verdient dazu. Frauen sind heute gut ausgebildet und wollen sich nicht zwi-

schen Beruf und Familie entscheiden. Dazu gehört natürlich auch, dass es eine Entgeltgleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer gibt.

Vorwärts: In ihrem neuen Fortschrittsprogramm nimmt sich die SPD der Problematik offensiv an. Dort heißt es: »Auch heute ist die Sozialdemokratie gefordert, neue Verbindungen von Arbeit und Leben, Beruf und Familie zu entwickeln.« Hat die SPD das Thema in den letzten Jahren ein bisschen verschlafen?

Leunig: Zum Glück gibt es in der Sozialdemokratischen Partei starke Frauen, die sich immer auch für frauenpolitische Interessen engagieren und Genossen, die erkannt haben, dass es nur mit Frauen gemeinsam einen Fortschritt in unserer Gesellschaft geben kann. Eine Gesellschaft, die Gerechtigkeit lebt, die gute Arbeit fördert und die soziale Gerechtigkeit als vordringliche Aufgabe sieht, zu der ganz selbstverständlich auch Geschlechtergerechtigkeit gehört.

Vorwärts: Welche Hilfestellung gibt die IG BCE ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um den Balanceakt zwischen Familie und Beruf zu meistern?

Leunig: Die IG BCE hat sich nach dem »audit berufundfamilie« zertifizieren lassen. Wir können nicht selber Wasser predigen und Wein trinken. Das heißt, wir bieten ein vielfältiges Angebot von Maßnahmen an, so z. B. telefonische Informationen und Beratung durch den ElternService der AWO. Es gibt einen IG BCE-Familienzuschuss bei entstehenden Betreuungskosten. Für die kommenden Jahre (bis 2013) wollen wir u.a. ein Netzwerk aufbauen, mit Beschäftigten, die in der passiven Altersteilzeitphase sind und Beschäftigte vor Ort bei Familienaufgaben unterstützen wollen. ■